



Antrag

Vorlage: AT/0177/2018		Datum: 25.10.2018	
Verfasser:	08-AfD-Ratsfraktion	Az.:	
Betreff:			
Antrag der AfD-Ratsfraktion: Sechs-Punkte-Plan zur Verbesserung der Sicherheit und der Gesamtsituation am Hauptbahnhof			
Gremienweg:			
08.11.2018	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		ohne BE abgesetzt geändert
	öffentlich		

Beschlussentwurf:

Die Expertenanhörung, die im Rahmen eine Sondersitzung des Sozialausschusses am 25.09.2018 erfolgte, zeigte eine Reihe von konstruktiven Lösungsansätzen für die soziale Situation am Hauptbahnhof auf. Im Rahmen der Sitzung der Arbeitsgruppe „Sicherheit am Bahnhof“ wurden weitere Handlungsoptionen auf anderen Ebenen diskutiert. Der vorliegende Antrag soll die Diskussion weiter positiv beeinflussen und den Stadtvorstand zum zügigen Handeln anregen. Die jüngsten Reaktionen vieler Bürger auf die Situation zeigen, dass die Zustände am Hauptbahnhof nach wie vor als belastend und untragbar empfunden werden.

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadt Koblenz stellt fest: Der Hauptbahnhof und sein Vorplatz bilden ein wesentliches Entrée der Stadt Koblenz. Die Stadt hat das Recht, aber insbesondere die Pflicht, gerade an dieser Stelle Reisenden und Besuchern ihr positives und einladendes Gesicht zu zeigen.

Zur Verbesserung der Situation am Koblenzer Hauptbahnhof werden folgende Maßnahmen ergriffen:

1. Es wird eine halbe Stelle für einen Sozialarbeiter mit Sitz im Kurt-Esser-Haus als Ansprechpartner und Betreuungsperson für Suchtkranke und Angehörige geschaffen. Das Kurt-Esser-Haus stellt eine Räumlichkeit mit Toilette zur Verfügung.
2. Die Stadt richtet eine zusätzliche Toilette auf dem Vorplatz des Hauptbahnhofs bzw. in dessen unmittelbarer Nachbarschaft ein.

3. Es werden regelmäßig gemeinsame Streifen von Polizei und Ordnungsamt im Bereich des Hauptbahnhofs durchgeführt.
4. Die Durchsetzbarkeit eines Alkoholverbots für den gesamten Bahnhofsvorplatz wird zügig juristisch geprüft.
5. Die Stadt wird gemeinsam mit den am Hauptbahnhof ansässigen Gewerbetreibenden und den Besitzern von Immobilien am Hauptbahnhof in Kontakt treten zwecks Einrichtung einer gemeinsamen Kommission zur Erarbeitung eines Konzepts gegen den Leerstand und für mehr wirtschaftliche Belebung in der Gegend. Damit verbunden soll für die Gewerbetreibenden eine Möglichkeit geschaffen werden, der Stadt regelmäßig unbürokratisch über die Situation am Hauptbahnhof Bericht zu erstatten und sich mit Verbesserungsvorschlägen einzubringen.
6. Die Stadt führt einen Architekturwettbewerb durch mit dem Ziel, Anregungen zur Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes zu sammeln. Dabei sollen perspektivisch die Zahl der Grünflächen erhöht und mehr Möglichkeiten für die Durchführung von Veranstaltungen aller Art geschaffen werden.

Die AfD-Ratsfraktion

Joachim Paul, stellvertretender Vorsitzender, MdL